Leitlinien zur Sucht- und Drogenpolitik

1. Einleitung und Situationsbeschreibung

Der Konsum *illegaler Drogen* nimmt in Deutschland weiterhin zu. So stieg die Zahl erstmals auffälliger Konsumenten harter Drogen in 1997 um 20 v.H. auf 20.594 Personen. Dabei ist die Vielfalt der konsumierten harten Drogen größer geworden. Zweistellige Zuwachsraten beim Erstkonsum lassen sich bei Kokain, Amphetaminen, Heroin, LSD und Ecstasy beobachten. Gleichzeitig ist die Zahl der am Rauschgift zugrunde gegangenen Menschen zurückgegangen auf 1501 Tote in 1997 (2.082 Tote 1992). Neun Personen starben im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Ecstasy und 36 durch den Konsum von Amphetaminen. Studien zeigen, daß der überwiegende Teil der Konsumenten harter Drogen zunächst Alkohol und Cannabis-Produkte konsumiert hat. Das Gefährdungspotential von Cannabis-Produkten zeigt die Statistik der ambulanten Suchtkrankenhilfeinstitutionen. Diese Drogen stehen an dritter Stelle nach Alkohol- und Opiat-Mißbrauch. Der Einstieg bspw. in den Ecstasy-Konsum erfolgt dann im 16. bis 18. Lebensjahr. Insgesamt sind ungefähr 120.000 Menschen in Deutschland von illegalen Drogen abhängig.

Im Bereich der *legalen Drogen* ist der Mißbrauch ungleich höher. In Deutschland geht man von 2,5 Mio. Alkoholabhängigen aus, wovon ca. 30.000 – 40.000 jährlich ihrer Sucht zum Opfer fallen. Jährlich kommen ungefähr 2200 Säuglinge mit körperlichen Schädigungen zur Welt, die durch Alkoholmißbrauch während der Schwangerschaft verursacht werden. 18 Mio. Deutsche rauchen, von denen sich ein Drittel als nikotinabhängig bezeichnet. 1,2 Mio. Menschen sind in Deutschland tablettenabhängig und es gibt etwa 30.000 süchtige Spieler. Auf jeden Abhängigen kommen ungefähr drei Angehörige oder Betroffene.

Die Situationsbeschreibung zeigt, daß Drogen und Süchte zu einer ernsten Gefährdung für viele Menschen sind. Die Junge Union tritt für ein dreistufiges *Drogenbekämpfungskonzept* ein. Dieses setzt auf die Säulen Aufklärung, Hilfe für Abhängige und Repression durch erschwerte Zugangsmöglichkeiten für legale Drogen und Bekämpfung des illegalen Drogenangebotes.

2. Einzelne Suchtformen

2.1. Alkohol und Nikotin

Der Alkohol stellt nach wie vor das größte Suchtproblem in Deutschland dar. Dies zeigt schon die große Zahl der Alkoholkranken und Alkoholtoten. Ebenso wie der Alkohol ist Nikotin bei uns ein akzeptierter und legalisierter Suchtstoff und entsprechend weit verbreitet.

Beide Drogen sind für Volljährige jederzeit frei zu erwerben. Aufgrund der freien Zugänglichkeit von Zigarettenautomaten und des sorglosen Umgangs des Einzelhandels, der Gaststätten oder auch des Elternhauses, ist die Erreichbarkeit von Alkohol und Nikotin oft auch für Jugendliche gegeben. Gerade bei diesen gesellschaftlich tolerierten Drogen ist es aber wichtig, daß der maßvolle Umgang mit diesem Suchtmittel erlernt wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Aufklärung über Gefahren auch des legalen Drogenkonsums ein.

- Die Junge Union fordert:
- Die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes, daß eine Abgabe von Zigaretten und Alkohol an unter 16-jährige unterbindet. Dazu gehört auch der Abbau aller frei zugänglichen Zigarettenautomaten. Außerdem ist bei Einzelhandel und Gaststätten auf die Einhaltung des Gesetzes zu dringen.
- Künftig müssen in Gaststätten mindestens drei alkoholfreie Getränke günstiger angeboten werden, als das günstigste alkoholhaltige Getränk.
- In Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ist der Genuß von Alkohol und Nikotin generell zu unterbinden.
- Möglichst flächendeckend sollten in den Gemeinden suchtpräventive Räte eingesetzt werden, die sich mit dem Suchtproblem bei Jugendlichen ihrer Gemeinde auseinandersetzen und durch bspw. entsprechende Freizeitangebote Auswege anbieten.
- In jeder Schule sollte die Wahl eines Beratungslehrers in Drogenfragen selbstverständlich sein. Dieser muß für entsprechende Fortbildungsveranstaltungen freigestellt werden.
- Jährlich sollten die Schulen Drogenaufklärungsveranstaltungen durchführen. Diese können in erster Linie durch Praktiker aus der Polizeiarbeit, den Therapiestationen oder ehemalige Abhängige gestaltet werden.
- Die Einführung eines Rauchverbotes in öffentlichen Gebäuden und auf innereuropäischen Flügen.
- Die Streichung der europäischen Subventionen für den Tabakanbau.
- Eine Erhöhung der Steuern auf Nikotin. Gleichzeitig soll ein zusätzlicher Betrag in Höhe der so erzielten Steuermehreinnahmen in die Drogenaufklärung und –bekämpfung investiert werden.

2.2. Medikamente

Medikamente bestehen aus synthetischen oder natürlichen Stoffen, die die körperliche oder seelische Verfassung beeinflussen. In ungeeigneten Dosen kann ein Rauschzustand entstehen,

der sich bei längerer Einnahme umkehrt. Bei Gewöhnung des Körpers an ein Medikament ist der Wechsel üblich. Durch den Mißbrauch kann es zu physischen und psychischen Abhängigkeiten kommen. Daneben ist bei langanhaltender Einnahme eine schleichende Vergiftung des Körpers möglich. Auch bei Jugendlichen nimmt die Einnahme von Aufputsch- und Beruhigungsmitteln zu.

Die Junge Union fordert:

- Die Erfassung aller verschriebenen suchtgefährlichen Medikamente auf der Versicherungskarte des Patienten. So ließe sich ein Mißbrauch oder auch ein Handel mit verschriebenen Medikamenten verhindern.
- Ein Kontrollorgan, das den Inhalt von Werbespots für Tranquilizer und Aufputschmittel überprüft.
- Eine Aufklärungspflicht der Ärzte und Apotheker vor Verabreichung der entsprechenden Arzneien.

2.3. Spielsucht

Neben den gravierenden „stoffgebundenen“ Süchten sind für junge Menschen auch andere Suchtformen ein großes Problem. So nimmt die Zahl der Spielsüchtigen ständig zu. Hierbei handelt es sich um Menschen, die in ihrer Spielleidenschaft ein mit Drogenabhängigen vergleichbares Verhalten zeigen. Dazu gehören Beschaffungskriminalität, die Zerstörung des persönlichen Umfeldes der Betroffenen und auch Entzugserscheinungen.
Die Spielsucht muß als psychische Krankheit, ähnlich dem Alkoholismus anerkannt sein. Entsprechend sollen ausreichend Therapieplätze für Spieler zur Verfügung gestellt werden. Eine Begrenzung der Spielautomaten in den Gemeinden läßt sich durch die spürbare Anhebung einer Automatenabgabe erreichen. Die dabei erzielten Einnahmen sollte die Gemeinde der Jugendarbeit zur Verfügung stellen.

2.4. Haschisch und Marihuana

Haschisch und Marihuana werden aus dem Harz bzw. den getrockneten Blüten oder Blättern der Cannabis-Pflanze gewonnen. Es kann bei Gebrauch zu psychischen Abhängigkeiten kommen. Bei langanhaltendem Gebrauch läßt die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit nach, in Verbindung mit Antriebslosigkeit, Depressionen und Verwirrungszuständen. Ein besonderes Gefährdungspotential für Dritte geht vom Cannabiskosum im Straßenverkehr aus.

Die Junge Union bedauert, daß durch die bewußte Fehlinterpretation des „Haschisch-Beschlusses“ des Bundesverfassungsgerichtes und durch die Freigabebestrebungen aus den SPD-geführten Bundesländern, das Gefährdungspotential dieser Droge zunehmend unterschätzt wird. Die Junge Union unterstützt die geltende Rechtsauffassung, daß den Gebrauch von Cannabis-Produkten generell unter Strafe stellt. Die Ausnahmeregelung den Besitz einer geringen Menge Haschisch für den Eigengebrauch als Bagatelldelikt zu behandeln, ist restriktiv und bundeseinheitlich anzuwenden.
Von den sogenannten „weichen“ Drogen geht nicht das gleiche Gefährdungspotential wie von den illegalen sogenannten „harten“ Drogen aus. Dennoch würde eine weitere Verbreitung dieser Drogen die Gefahr bergen, daß vergleichbar große Konsumentenzahlen erreicht würden wie bei den legalen Drogen. Diese Entwicklung wollen wir verhindern.

Die Junge Union fordert:

- Keine Freigabe der sogenannten „weichen“ Drogen.
- Die restriktive Auslegung des „Haschisch-Beschlusses“ des BVerfG. Dabei dürfen die für den Eigenkonsum definierten Mengen nicht zu weit gefaßt werden.
- Beachtung der Verantwortung der Betreiber von Freizeiteinrichtungen (z.B. Diskotheken) für die Vorkommnisse in ihren Räumlichkeiten. Eine Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Behörden kann dabei nicht toleriert werden und muß durch ordnungsrechtliche Maßnahmen geahndet werden, die auch den Entzug der Konzession beinhalten können.
- Die Drogenaufklärung muß in den Schulen, Sportvereinen, Jugendgruppen und Gewerkschaften verstärkt werden. Vor allem muß das „Kartell des Schweigens“ an den Schulen aufgebrochen werden.
- Künftig soll den Eltern von 14-jährigen Schülern automatisch über die Schule ein „Haschischbuch“ zugeleitet werden. Dieses Buch klärt über die Droge, Risiken und Ansprechpartner auf.

2.5. Harte Drogen

Hierzu gehören in erster Linie Kokain, Heroin (Opiate), aber auch Halluzinogene und Amphetamine. Es entstehen je nachdem psychische und körperliche Abhängigkeiten. Jedoch sind die Gefahr des Abrutschens in die Sucht und die gesundheitlichen Risiken ungleich höher als bei den bisher genannten Drogen. So ist auch der Drogenmißbrauch mit Todesfolge möglich. Neben der Vergiftung durch die Droge, bestehen gesundheitliche Gefahren durch Verunreini-

gungen des Stoffes. Eine weitere Folge der Drogensucht ist bei diesen Stoffen häufig der Absturz in die Beschaffungskriminalität.
Für die Junge Union ist klar, daß der Süchtige zunächst als Kranker zu sehen ist, und deshalb auf die Unterstützung der Gemeinschaft bei seinem Weg aus der Sucht bauen kann. Ziel der Drogenpolitik ist die Drogenfreiheit, deshalb setzen wir bei den Hilfsangeboten in erster Linie auf Abstinenztherapien. Dies bedeutet aber auch, daß der Staat mit aller Härte gegen die Drogenhändler vorzugehen hat. Bei professionellen Rauschgifthändlern ist das gesamte Vermögen – mit Ausnahme der Werte, die nachweislich nicht unmittelbar oder mittelbar durch den Handel mit den Giften entstanden sind – einzuziehen. Die Nachweispflicht für die legale Herkunft der Vermögenswerte liegt beim Dealer. Das eingezogene Vermögen ist der Aufklärungs- und Drogenarbeit sowie der Verfügung zu stellen.

Die Junge Union fordert:

- Die Vorhaltung einer ausreichenden Zahl an Therapieplätzen, um die Wartezeiten der Ausstiegswilligen auf ein Minimum zu reduzieren.
- Den Ausbau der niedrigschwelligen Angebote, um den Drogenabhängigen den Weg aus der Sucht zu ebnen. Dies kann in sogenannten „Kontakträumen“ erfolgen. Bedingung ist jedoch, daß hier geschultes Personal zur Verfügung steht. Auf keinen Fall dürfen in diesen Räumen Drogen genommen werden. Die Öffnung von „Fixerstuben“ lehnen wir ab.
- Förderung alternativer Therapiekonzepte.
- Die Umsetzung des „schwedischen Modells“. Dieses Modell sieht neben dem Angebot „Therapie statt Strafe“ auch die Zwangseinweisung in Therapieeinrichtungen vor, wenn der Abhängige durch seine Sucht sich selbst oder andere in Gefahr bringt.
- Methadonprogramme stellen eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Möglichkeiten dar, Drogenabhängige aus der Sucht zu führen. Grundsätzlich bleibt das Ziel der Suchtfreiheit maßgeblich. Die Abwehr der größten Gesundheitsgefährdungen und die Wiedereingliederung in das Berufs- und Sozialleben können durch Substitutionsprogramme erreicht werden, sind jedoch Etappenziele.
- Eine bessere Begleitung der Betroffenen nach der Therapie. Diese betrifft die Wiedereingliederung in das Berufs- und Privatleben.
- Die staatliche Abgabe von Heroin lehnen wir ab. Allein denkbar wäre die Abgabe an todkranke Abhängige, um ihnen so zusätzliche Leiden durch alternative Behandlungen zu nehmen.
- Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage für verdeckte Ermittler.

- Insgesamt ist der Drogenkampf durch eine bessere pesonelle und materielle Ausstattung der Polizei zu intensivieren.

2.6. Ecstasy und Designerdrogen

Designerdrogen werden im Labor synthetisch hergestellt und ahmen die Wirkung verschiedener Drogen nach. Dabei wird die chemische Zusammensetzung der Droge so „designt“, daß sie keiner der im Betäubungsmittelgesetz genannten Drogen entspricht. Dies trifft auf Ecstasy nicht zu. Ecstasy steht als Sammelbegriff für ähnlich wirkende Stoffe wie MDMA, MDEA oder MDA. Der Gebrauch von Ecstasy als aufputschender Gefühlsdroge hat aufgrund der leichten Einnahme in Pillenform in den vergangenen Jahren bei Jugendlichen zugenommen. Die Droge verursacht psychische Abhängigkeiten und körperliche Gefahren durch die Ausschaltung natürlicher Schutzmechanismen des Körpers wie Müdigkeit, Muskelkater oder Durst. Langfristig sind bei regelmäßigem Gebrauch psychiatrische Erkrankungen zu erwarten. Die ersten Todesopfer in Folge des Ecstasy-Konsums sind bereits zu beklagen.

Die Junge Union lehnt eine Freigabe von Ecstasy entschieden ab. Die Aufstellung von Ecstasy-Schnelltestern in Diskotheken ist ebenfalls negativ zu beurteilen, da diese den Eindruck erwecken, daß der Grundstoff der Pille nicht gefährlich sei. Vielmehr ist die Aufklärungsarbeit bei den Jugendlichen deutlich zu verstärken.

3. Internationale Drogenpolitik

Der Kampf gegen die Droge kann nicht nur in Deutschland sondern muß auch im Ausland geführt werden. Zunächst ließe sich der Angebotsdruck durch die Unterstützung der Drogenbekämpfungsmaßnahmen in den Anbauländern verringern. Der Drogenkampf ist in diesen Ländern von den Industrieländern zu unterstützen. Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg ist die Umstellung der Agrarstruktur in den Drogenanbauländern. Dies ließe sich durch entsprechende Finanzhilfen aus Europa und den USA erreichen.

Innerhalb der Europäischen Union ist eine staatenübergreifende Koordinierung des polizeilichen Drogenkampfes sicherzustellen. Hierfür unterstützen wir den Ausbau der „European Drug Unit“ (EDU).

In diesem Zusammenhang streben wir auch ein Harmonisierung der Drogengesetzgebung in den EU-Staaten an. Insbesondere die Niederlande sind aufgefordert, ihre Rolle als Westeuropas größter Hersteller von Drogen und Suchtstoffen zu reduzieren.

4. Don`t legalize it!

Argumente für die Diskussion.

Die Diskussion über einen Wechsel in der Drogenpolitik weg von Verbot des Gebrauchs und Repression bei Besitz und Handel mit Drogen hin zur Freigabe wird von SPD und Bündnis90/Grünen stärker geführt. Sie glauben damit, die bei jungen Menschen populäreren Thesen zu vertreten. Dies entspricht jedoch nicht der Realität. So lehnen 65% der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren eine Freigabe „weicher" Drogen ab. Die Freigabe harter Drogen verneinen 91% der Befragten.
Im folgenden werden die gängigsten Argumente der Drogenlegalisierer erläutert.

- *Die Anzahl der Drogenabhängigen ist weiter gestiegen – das heißt die restriktive Drogenpolitik ist gescheitert.*

Die drogenfreie Gesellschaft ist als Ziel schwer erreichbar, trotzdem ist ein Leben ohne Droge besser als mit der Droge. Um die Frage zu beantworten, ist ein Vergleich der Drogenbelastung der Bevölkerung in verschiedenen Staaten interessant. In Europa weist Deutschland nach Norwegen die geringste Zahl Drogenabhängiger pro 100.000 Einwohner auf. Die Zahl der 14 – 17jährigen, die Erfahrungen mit illegalen Drogen gemacht haben liegt mit 12% deutlich unter den Werten von Großbritannien (33%), Spanien und den Niederlanden (je 20 %). Besser als wir liegen Schweden, Finnland und Portugal. In den Niederlanden konsumieren 4,4% der Bevölkerung Haschisch in Deutschland sind es 2,6%. Betrachtet man den Ländervergleich liegt der Erfolg der restriktiven Drogenpolitik in der geringeren Drogenbelastung der Bevölkerung.

- *Cannabis-Produkte sind harmloser als Alkohol und führen nicht zur Abhängigkeit.*

Cannabis-Produkte können zu einer psychischen Abhängigkeit führen. Alkohol kann zu physischer Abhängigkeit führen. Außerdem gilt, daß Wein und Bier in Maßen genossen werden können, ohne daß der Genuß zum Rausch führt. Cannabis-Produkte lassen diesen Weg nicht offen.

- *Cannabis-Produkte und Alkohol sind ähnlich gefährlich. Warum ist Cannabis als Droge diffamiert und Alkohol als Genußmittel akzeptiert?*

Die Junge Union unterscheidet nicht zwischen Alkohol und Nikotinprodukten auf der einen und den Drogen auf der anderen Seite. Auch Alkohol und Nikotin sind Drogen, jedoch bereits

gesellschaftlich akzeptierte Drogen. Dabei ist offenkundig, daß der Alkohol als Volksdroge Nr. 1 verheerende Folgen für viele Menschen hat. Es macht jedoch keinen Sinn, diesen bereits legalisierten Drogen weitere hinzuzufügen. Weitere frei zugängliche Drogen erhöhen nur die Zahl der möglichen Wege in die Abhängigkeit. Entsprechend schätzen Forschungsinstitute, daß bei einer Freigabe der „weichen" Drogen, deren Konsumentenzahl ähnlich groß sein wird, wie beim Alkohol.

- *Die Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten führt zu einer Entlastung von Polizei und Justiz, diese können sich dann auf die Dealer konzentrieren.*

Nach der aktuellen Rechtslage wird bereits heute kein Konsument weicher Drogen kriminalisiert. Das Verbot hat jedoch weiterhin eine warnende und abschreckende Funktion.

- *Verbote wecken erst die Neugier.*

Würde dieses Argument zutreffen, dann müßte im Umkehrschluß der Alkoholkonsum bei Jugendlichen deutlich geringer sein. Deshalb gilt weiter, bei einer Freigabe würde die Hemmschwelle zum Konsum illegaler Drogen deutlich niedriger liegen und damit der Mißbrauch ansteigen.

- *Eine Freigabe von Rauschgiften führt zu einer Austrocknung des illegalen Drogenmarktes.*

Diese These hat wenig mit der Realität zu tun. Selbst der am weitesten fortgeschrittene Legalisierungsversuch weicher Drogen der schleswig-holsteinischen Landesregierung sah für die legale Abgabe ein Mindestalter für Jugendliche und eine entsprechende Eignung der Personen vor. Der illegale Markt würde also auch hier weiter bestehen für alle, die nicht legal von ihrem staatlichen Dealer bedient werden. Außerdem würde die organisierte Kriminalität sich auf alle anderen weiterhin illegalen Drogen konzentrieren. Es bleibt weiter richtig, die Drogen sind das Problem, nicht die Drogenbekämpfung.

Argumente gegen Fixerstuben

Fixerstuben machen wie sie derzeit betrieben werden, ohne entsprechend geschultes Personal wenig Sinn. Sie wirken ohne die Betreuung durch Fachkräfte, die auch auf eine Beendigung der Sucht hinwirken, eher suchtverfestigend. Darüber hinaus stellen sie einen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz dar. Mit solchen Einrichtungen ist außerdem unvermeidlich das Signal verbunden, daß Heroinkonsum tolerabel und weniger gefährlich als allgemein behauptet sei.